



## WOHNEN & WOHNUNGSGELD

Kennen wir alle: Horrorstories von Freund:innen und Familie, die auf Hamburgs völlig überdrehtem Wohnungsmarkt eine neue Bleibe suchen. „Wohnangst“, so titelte die MOPO neulich. Gleichzeitig erzählt der Senat uns seine Erfolgsgeschichten über wahnsinnig viele neue Wohnungen und „Bauen, bauen, bauen“. Halten wir mal fest: Es werden in Hamburg vor allem Wohnungen gebaut, die viel zu groß und viel zu teuer sind. Wir denken anders, wir wollen Mieten deckeln, Wohnraum vergesellschaften. Klingt schrecklich radikal? Gut so, denn die bräsige Untätigkeit, mit der Hamburgs Senat dieser Katastrophe begegnet, ist noch viel radikaler. Die Lage in unserer Stadt ist längst eskaliert. Wie wäre es mit paar guten Antworten?

Wir sind DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Seit 2008 kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Grundrechte: Ein gutes Leben für Alle!

Wenn ihr mehr wissen wollt, folgt uns auf Social Media oder abonniert unseren Newsletter. Dies ist einer von 12 Flyern, mit denen wir über unsere Arbeit und unsere Ziele informieren.



*Gewinnorientierten Wohnungsunternehmen ist ein Riegel vorzuschieben. Sozialorientierte, gemeinnützige Vermieter:innen sind zu unterstützen, damit wir dauerhaft leistbare Mieten bekommen.“*

**Heike Sudmann,  
Sprecherin für Wohnen**



*Alle mit einem kleinen Geldbeutel sollten jetzt prüfen, ob sie einen Wohnungsgeldanspruch haben. Wir helfen Ihnen dabei gern.“*

**Olga Fritzsche,  
Sprecherin für Arbeit**



Darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. | Vi.S.d.P.: Margret Geitner  
**Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft**  
Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg | [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

# WOHNEN & WOHNUNGSGELD



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

## FÜR EINE ZEITENWENDE IN DER WOHNUNGS- UND MIETENPOLITIK!

Vom Senat ist immer wieder zu hören, dass in Hamburg viel mehr gebaut wird als in anderen Metropolen. Das soll dann wohl heißen, die Wohnungssituation sei doch gar nicht so schlecht. Mal unter uns: Hunderttausende Mieter:innen sehen das anders! Die spüren jeden Tag die Folgen dieses Desasters.

So sieht rot-grüne Wohnungspolitik in Hamburg aus:

- » Werden die richtigen Wohnungen gebaut? Nein, drei Viertel der Neubauten sind teure Wohnungen, mit Mieten von 14 Euro und mehr pro Quadratmeter.
- » Die falsche Politik des Senats hat die Mieten noch mehr in die Höhe getrieben. Der Mietenanstieg um 7,3 Prozent im Mietenspiegel 2021 war der höchste seit Jahrzehnten.
- » Der eh schon geringe Anteil von preisgünstigen und öffentlich geförderten Wohnungen ist gesunken und sinkt weiter.
- » Über die Hälfte der Haushalte hat so wenig Einkommen, dass sie eine öffentlich geförderte Wohnung in Anspruch nehmen könnten. Es gibt nur viel zu wenige.

Für uns ist dieses rot-grüne Trauerspiel ein untragbarer Zustand. Wir kritisieren das in der Bürgerschaft, bringen diese Misere in die Medien und wir erarbeiten Alternativen. Weil wir nicht wollen, dass Mieter:innen mit geringem oder mittlerem Einkommen beim Luxus-Monopoly unter die Räder kommen, dass sie aus schierer Not ihre Wohnung und ihr vertrautes Umfeld verlassen müssen. Oder gar in der Wohnungslosigkeit landen.

Und wir kümmern uns, wenn die Miete über den Kopf wächst. Denn was die Wenigsten wissen: Mit dem „Wohngeld-Plus-Gesetz“ wurde Anfang 2023 das Wohngeld nicht nur erhöht, sondern auch der Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich ausgeweitet. Als Linksfraktion fordern wir eine Informationsoffensive und ein unbürokratischeres Antragsverfahren. Und DIE LINKE bietet überall in Hamburg Hilfe an beim Ausfüllen der Anträge. Hamburgs Wohnungsmarkt ist ein Wildwest für profitgeile Investor:innen – ohne ein paar radikale Eingriffe werden wir das nicht in den Griff bekommen.

## DAHER FORDERN WIR:

Mindestens die Hälfte aller neugebauten Wohnungen muss öffentlich gefördert werden: Mit 7 Euro pro Quadratmeter Anfangsmiete und dauerhafter Mietpreisbindung.

Ein bundesweiter Mietendeckel, der zeitweilig die Mieten auf einer begrenzten Höhe einfriert und Senkungen bei überhöhten Mieten möglich macht.

Wohnungen müssen wieder stärker als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und nicht länger als Renditeobjekte begriffen werden! Vergesellschaftung der großen profitorientierten Wohnungskonzerne mit mehr als 500 Wohneinheiten!

Eine soziale Bodenpolitik, die mehr Grundstücke für die Stadt ankauft, nie mehr verkauft und günstigen Wohnungsbau ermöglicht.

Die Überschüsse der SAGA müssen genutzt werden, um die Mieten bezahlbar zu halten und um neue Sozialwohnungen zu bauen – diese Gewinne einfach an die Stadt abzuführen, ist Gift für den Wohnungsmarkt.

Viele Hamburger:innen scheitern im Formularschunzel des „Wohngeld Plus“. Wir wollen Bürokratieabbau und eine umfassende Aufklärung über diese Hilfe.